STEUERN

Bußgeld-Deal in München?

Bayerns Landesregierung muss heikle Fragen zum Steuerstrafverfahren gegen ihren früheren Datenschutzbeauftragten Karl Michael Betzl beantworten. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen verlangt Auskunft über einen Vermerk der Münchner Staatsanwaltschaft. Demnach soll Betzl bereit gewesen sein, ein Bußgeld in Höhe von 50 000 Euro zu zahlen, wenn das Verfahren noch vor der Landtagswahl im September 2008 eingestellt würde. Nachdem der Termin verstrichen war, wollte Betzl offenbar nur noch 10 000 Euro bezahlen. „Ist es in Bayern üblich, politische Termine bei der Entscheidung über die Höhe von Geldauflagen mit einfließen zu lassen?“, will jetzt die Grünen-Abgeordnete Christine Stahl wissen. Betzls Name fand sich auf DVDs, die im Februar 2008 dem damaligen Post-Chef Klaus Zumwinkel zum Verhängnis wurden (SPIEGEL 8/2008). Auch Betzl soll eine Stiftung in Liechtenstein unterhalten haben. Angeblich geht es um einen Betrag von 700 000 Euro. Im Mai 2008 wurde das Betzl-Verfahren von der Bochumer Staatsanwaltschaft an die Kollegen in München abgegeben. Die Einstellung im April 2009, gegen eine geringe Geldbuße von 15 000 Euro, führt seither zu einer Debatte über die Rechtmäßigkeit. Die Münchner Staatsanwaltschaft erklärte auf Anfrage zu dem Vermerk, dass sie keine Auskunft aus Steuerakten geben könne. Betzls Anwalt lehnt ebenfalls jede Stellungnahme ab.



H.R. SCHULZ / IMAGO

Betzl



THOMAS PFLAUM / VISUM

Atomkraftwerk Biblis

ATOM II

FDP droht Konzernen

Die FDP droht den Stromkonzernen, am Atomausstieg festzuhalten. „Wenn die Stromkonzerne sich gegen unsere Bedingungen sperren, bleibt es eben beim geltenden Ausstiegsgesetz“, sagt FDP-Vizechef Andreas Pinkwart. So dürften die Laufzeiten der Anlagen nicht pauschal verlängert werden. Das hatte RWE-Chef Jürgen Großmann verlangt. Man müsse jedes Kraftwerk einzeln auf Störanfälligkeit überprüfen und zu einer „Gesamtlösung“ kommen, die Ökostrom und Wettbewerb fördere, hält Pinkwart dagegen. „Es bietet sich bei einigen Reaktoren auch eine frühere Stilllegung an als bisher vorgesehen“, sagt Pinkwart. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist bemüht, den Eindruck eines radikalen Pro-Atom-Kurses zu vermeiden. Bevor über längere Laufzeiten verhandelt werde, solle zunächst ein „Energieszenario für Deutschland“ aufgestellt werden, heißt es im Kanzleramt. Dabei solle der Bedarf an Nuklearstrom und das Ausbaupotential erneuerbarer Energien bestimmt werden. Zwischen den großen Stromkonzernen gibt es unterdessen einen Dissens über die Verhandlungstaktik gegenüber der Bundesregierung. Während Großmann vergangene Woche einen aggressiven Kurs einschlug und die Bundesregierung zu einer baldigen Laufzeitverlängerung aufforderte, mahnt E.on-Chef Wulf Bernotat intern zur Zurückhaltung. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Konzerne wollten die Regierung unter Druck setzen. Dies habe er in der vergangenen Woche auch bei Telefonaten mit der künftigen Bundesregierung deutlich gemacht.

ISLAM

Verlag übt Selbstzensur

Aus Angst vor Bedrohungen durch Islamisten hat der Düsseldorfer Droste Verlag einen Roman kurz vor Drucklegung wieder aus dem Programm genommen. Im September hätte „Wem Ehre gebührt“ erscheinen sollen, ein Krimi der Autorin Gabriele Brinkmann (Pseudonym: W. W. Domsky) über einen Ehrenmord. Verleger Felix Droste hatte das Buch vorab von einer Expertin auf „Stellen prüfen lassen, die die Sicherheit meiner Mitarbeiter oder meiner Familie beeinträchtigen könnten“. Dabei sei eine Textpassage am Ende des Buchs als gefährlich identifiziert worden, heißt es in einem Schriftwechsel zwischen Droste und Brinkmanns Agentin. Da sich die Autorin weigerte, Dialogpassagen wie „… schiebt euch euren Koran doch …“ durch etwa „… schiebt euch eure Ehre doch …“ oder „Erst die grüne Hölle“ durch „Erst der grüne Kitsch“ zu ersetzen, gab der Verlag die Rechte an dem Krimi wieder zurück. „Spätestens nach den Mohammed-Karikaturen weiß man, dass man Sätze oder Zeichnungen, die den Islam diffamieren, nicht veröffentlichen kann, ohne ein Sicherheitsrisiko einzugehen“, sagt Droste. Einen ähnlichen Fall von Selbstzensur hatte es 2006 gegeben, als die Deutsche Oper in Berlin die Inszenierung von Mozarts „Idomeneo“ absetzte, weil sie Angriffe von Islamisten befürchtete.

